



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

vor 75 Jahren ging der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende. Dieses Jubiläum wird im Land Berlin mit einem Feiertag begangen. So kommt es, dass diese Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nun kürzer ausgefallen ist.

Lange haben wir als Bundesrepublik Deutschland mit dem 8. Mai 1945 gehadert. Eine Zäsur bildete die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 40. Jahrestag des Kriegsendes im Plenum des Deutschen Bundestages. Nach seinem Plädoyer, den 8. Mai auch in Deutschland als einen Tag der Befreiung zu begreifen, veränderte sich der Umgang mit diesem Datum. Lassen Sie uns am 8. Mai der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Opfer der deutschen Gewaltherrschaft gedenken. Wir dürfen nicht vergessen. Dies darf auch in der Corona-Krise nicht untergehen.

Unsere Maßnahmen zu Beginn der Corona-Pandemie waren deshalb so erfolgreich, weil Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang gezogen haben. Diesen Zusammenhalt gilt es auch in der aktuellen Lockerungsphase zu erhalten und hierbei spielen das Parlament und insbesondere seine Abgeordneten eine Schlüsselrolle. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten klare und möglichst einheitliche Leitlinien auf dem Weg aus der Krise. Uns als Abgeordneten kommt in dieser Situation des Abwägens zwischen Gesundheitsschutz, unternehmerischer Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Freiheit in Bund, Ländern und Gemeinden eine hohe Verantwortung zu. Deswegen führen wir offene und ehrliche parlamentarische Debatten sowohl über die Akzeptanz und die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen als auch über ihre nachhaltige Finanzierung. Das sind wir Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch uns selbst, schuldig. Für Ihre Anregungen habe ich stets ein offenes Ohr.

Herzliche Grüße  
Ihre und Eure



## Bericht aus Berlin

### Weitere Lockerungen der Corona-Maßnahmen beschlossen — vorsichtige Schritte zur Normalität

Bund und Länder haben sich am Mittwoch auf weitere Lockerungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie geeinigt. Ich freue mich über diesen Beschluss, weil wir dadurch ein Stück weit Normalität zurückgewinnen, hoffe aber auch, dass alle verantwortungsvoll mit diesen Lockerungen umgehen.

Naturgemäß bleibt es weiterhin unerlässlich, das Infektionsgeschehen genau zu beobachten und die Hygiene- und Abstandsregeln zu beachten. Dennoch können wir alle froh sein, dass wir erneut ein bisschen von unserem gewohnten Alltag mit sozialen Kontakten, beruflicher und unternehmerischer Tätigkeit, Schul- und Kitabesuch, Sport und Vielem mehr wiedererlangen.

So hoffe ich, dass wir auch im Deutschen Bundestag schnellstmöglich zu unseren üblichen Tagungsformaten zurückkommen. So gut es auch funktioniert: Eine Videoschalte kann nicht den persönlichen Austausch von Angesicht zu Angesicht ersetzen.

Auch wenn die Entwicklung der Infektionszahlen in Deutschland vorsichtig optimistisch stimmt, haben wir noch einen langen Weg zu gehen. Wir brauchen also nach wie vor eine Menge Geduld und viel Verständnis füreinander. Nur gemeinsam werden wir es packen.



### Neustart mit nachhaltigem Wachstum

Die Corona-Pandemie hat viele Gewissheiten in Frage gestellt und Handlungsbedarf aufgezeigt. Unser wirtschaftlicher Neustart wird nur dann gelingen, wenn wir unsere Kräfte auf nachhaltiges Wachstum konzentrieren: internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, Investitionen in die Digitalisierung von Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen und Bildungseinrichtungen beschleunigen, Klimaschutz in innovative und effiziente Lösungen einbetten. Bei jeder politischen Entscheidung in den kommenden Wochen sollte klar sein, wie sie unser Wachstumspotenzial auf Dauer weiter erhöhen kann und somit Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land sichert. Das ist unsere Leitplanke. Damit Deutschland stark bleibt.



## Bericht aus Berlin

### Erhöhung des Kurzarbeitergeldes — Sozialschutz-Paket II wird beraten

Um die sozialen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, berieten wir am Donnerstag das Sozialschutz-Paket II in erster Lesung. Es ist unter gewissen Voraussetzungen eine befristete Erhöhung des sogenannten Corona-Kurzarbeitergeldes bis zum 31. Dezember 2020 vorgesehen: Ab dem vierten Monat des Bezugs soll es auf 70 bzw. 77 Prozent und ab dem siebten Monat auf 80 bzw. 87 Prozent angehoben werden, wenn die Arbeitszeit um mindestens 50 Prozent reduziert wurde. Ebenfalls wird der Anspruch auf Arbeitslosengeld I für diejenigen um drei Monate verlängert, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld I zwischen dem 1. Mai und 31. Dezember 2020 enden würde. Darüber hinaus werden Regelungen zum Einsatz der Video- und Telefonkonferenztechnik etwa in den mündlichen Verhandlungen von Arbeits- und Sozialgerichten oder bei Verhandlungen in Tarifausschüssen getroffen. Nicht zuletzt wird die Organisation des Schulmittagessens nach Bildungs- und Teilhabepaket während der Corona-Pandemie geregelt. Damit soll sichergestellt werden, dass bedürftige Kinder weiterhin ein kostenloses, warmes Mittagessen bekommen.



Ausschussberatungen unter  
Wahrung der Abstandsregeln

### Schutzschirm für Heilmittelpraxen kommt

Die Heilmittelerbringer sind durch die Corona-Pandemie besonders stark betroffen. Um die Existenz der Heilmittelerbringer-Praxen zu sichern, wurden Ausgleichszahlungen in Form eines sogenannten „Schutzschirms“ beschlossen. Die Unterstützung für Physio- und Ergotherapeuten und für die Podologen und Logopäden, die das Bundesministerium für Gesundheit nun beschlossen hat, sind notwendig und zielgerichtet. Die systemrelevanten Berufe leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Versorgung der Menschen in dieser Zeit. Es ist wichtig, dass diese Berufe nicht durch die Covid-19-bedingten Einnahmeausfälle finanziell ruiniert werden. Dafür sollen die neuen Regelungen sorgen. Diese sehen u. a. vor, dass Leistungserbringer Zugang zu nicht-rückzahlbaren Ausgleichszahlungen bekommen.





## Bericht aus Berlin

### Nukleare Teilhabe bleibt unverzichtbar

Spitzenvertreter von Partei und Fraktion der SPD haben die nukleare Teilhabe als Teil der NATO-Abschreckungsstrategie in Frage gestellt und damit eine Debatte über US-amerikanische Atomwaffen in Deutschland losgetreten. Die Unionsfraktion hält die nukleare Teilhabe für die Sicherheit Europas für unverzichtbar und nicht verhandelbar. Die Zweifel der Sozialdemokraten an unserer bewährten Sicherheitsarchitektur sind gefährlich, denn sie untergraben die Bündnisfähigkeit unseres Landes.

Der Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, bezeichnete die atomare Abschreckung zu Recht als ultimative Sicherheitsgarantie. Solange andere Staaten über Atomwaffen verfügen und gar neue entwickeln, sind wir auf die nukleare Teilhabe angewiesen.

### Verbesserung des Persönlichkeitsschutzes bei Bildaufnahmen

Um dem Gaffen und auch etwa dem sogenannten „upskirting“ (dem Fotografieren unter den Rock) sinnvoll entgegenwirken zu können, diskutierten wir eine Änderung des Strafgesetzbuches in erster Lesung. Einerseits soll das Anfertigen und Verbreiten von Bildaufnahmen, die in grob anstößiger Weise eine verstorbene Person zur Schau stellen, unter Strafe gestellt werden. Dies umfasst beispielsweise Fotos von bei Unfällen Verstorbenen. Andererseits soll das Herstellen sowie das Übertragen von unbefugten Bildaufnahmen des Intimbereichs und der weiblichen Brust unter Strafe gestellt werden. Indem wir solche abscheulichen Taten unter Strafe stellen, verbessern wir den Persönlichkeitsschutz und schützen die Privatsphäre von Frauen.

### Bundestagsabgeordnete verzichten auf Erhöhung ihrer Diäten

Angesichts der Corona-Pandemie haben wir uns über die Fraktionsgrenzen hinweg auf einen Verzicht auf die automatische Erhöhung der Diäten geeinigt. Ein entsprechendes Gesetz wurde am Donnerstag abschließend beraten und beschlossen.

Bereits in der letzten Legislaturperiode wurde festgelegt, die Abgeordnetendiäten an die Lohnentwicklung in Deutschland anzupassen. Dies hätte im Jahr 2020 zu einer Erhöhung um 2,6 Prozent geführt. Die Vergütung orientiert sich an den Einkommen der Bundesrichter.





## Bericht aus Berlin

### Eindrücke der Sitzungswoche



Bei den verschiedenen Wahlen, die normalerweise im Plenarsaal stattfinden, zeigt der Bundestag Kreativität, damit die Abstandsregeln eingehalten werden können.



Unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Nadine Schön, spricht in der Plenardebatte zum Corona-Elterngeld.



## Bericht aus Berlin

### Weiteres aus dem Plenum

#### **Zweites Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite.**

Das Gesetz, das wir in erster Lesung diskutierten, zielt auf eine Effizienzverbesserung des Gesundheitsschutzes. Unter anderem soll — neben einer Meldepflicht für Erkrankung an und Genesung von COVID-19 — eine Sicherstellung der Fortführung der Ausbildung und Prüfung in Gesundheitsberufen auch in Pandemiezeiten geregelt werden. Testungen in Bezug auf Covid-19 sollen Bestandteil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung werden. Nicht zuletzt umfasst das Gesetz neben weiteren Präzisierungen eine Verpflichtung für Pflegeeinrichtungen zu gestaffelten Sonderleistungen (Corona-Prämien) an ihre Beschäftigten neben einer Regelung zur Erstattung dieser Leistungen durch die Versicherungen.

#### **Gesetz zur Förderung der Elektromobilität und zur Modernisierung des Wohnungseigentumsgesetzes und zur Änderung von kosten- und grundbuchrechtlichen Vorschriften (Wohnungseigentumsmodernisierungsgesetz).**

Mit der Novelle des Wohneigentumsgesetzes, die wir in erster Lesung debattierten, sollen veraltete rechtliche Bestimmungen reformiert und an die heutige Zeit angepasst werden. Im Allgemeinen sollen bauliche Veränderungen der Wohnanlage vereinfacht werden, insbesondere für Maßnahmen, die zu nachhaltigen Kosteneinsparungen führen oder die Wohnanlage in einen zeitgemäßen Zustand versetzen. Geregelt wird in diesem Zusammenhang auch der Anspruch aller Wohnungseigentümer, auf eigene Kosten den Einbau einer Lademöglichkeit für Elektrofahrzeuge oder eines barrierefreien Aus- und Umbaus sowie Maßnahmen des Einbruchs- und Glasfaseranschlusses gestattet zu bekommen, selbst gegen den Willen der Mehrheit der übrigen Eigentümer.

**Gesetz zur Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes.** Vor dem Hintergrund der seit 2018 herrschenden Anwendungspraxis bieten wir in erster Lesung verschiedene Ergänzungen des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes. Insbesondere geht es dabei um die Informationspflichten der Anbieter sozialer Netzwerke, erhöhte Anforderungen an deren Transparenzberichte und eine verbesserte Nutzerfreundlichkeit beim Melden von Beschwerden über rechtswidrige Inhalte. Darüber hinaus werden die Kompetenzen des Bundesamts für Justiz ausgeweitet.

Einen Überblick über die knapp 18 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



## Bericht aus dem Wahlkreis

### Bürgersprechstunden in Gifhorn und Peine

Ich freue mich, Ihnen wieder Bürgersprechstunden in meinen Wahlkreisbüros in Gifhorn und Peine anbieten zu können.

Einen Tag vor Himmelfahrt, am **Mittwoch, dem 20. Mai 2020**, findet von **16.00 bis 17.30 Uhr** meine Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro in **Gifhorn** (Steinweg 5, 38518 Gifhorn) statt.

Am **Freitag, dem 22. Mai 2020**, biete ich eine Sprechstunde von **14.00 bis 15.30 Uhr** in **Peine** (Freiligrathstraße 4, 31224 Peine) an.

Damit wir die entsprechenden Hygienestandards und Abstandsregelungen vollumfänglich einhalten können, ist eine **vorherige Anmeldung zwingend erforderlich**. Wenn Sie mich in meinem Wahlkreisbüro Gifhorn besuchen möchten, kontaktieren Sie bitte meinen Mitarbeiter Frederick Meyer (Telefonnummer: 05371-740 69 28; E-Mail-Adresse: [ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de)). Anmeldungen für die Sprechstunde in Peine nimmt Ann-Marie Klaas gern entgegen (Telefonnummer: 05171-769 92 49; E-Mail-Adresse: [ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de)).

### Die gute Nachricht zum Schluss

Gerade in so schwierigen und unsicheren Zeiten möchte ich zum Abschluss auf ein erfreuliches Ereignis in meinem Wahlkreis blicken. Die Internationale Hochschule in Peine (IUBH) ist deutschlandweit spitze! Das ergab das Ranking des Centrums für Hochschulangelegenheiten (CHE) auf Basis von 120.000 Studierendenbefragungen und mehr als 300 untersuchten Universitäten, Fachhochschulen, Dualen Hochschulen und Berufsakademien. In den Fächern Betriebswirtschaftslehre und „Soziale Arbeit“ hat die IUBH in den meisten Kategorien Platz eins erreicht, was zu so einem tollen Gesamtergebnis führte.

Ich sage herzlichen Glückwunsch und freue mich sehr, dass das duale Studienkonzept in Peine so erfolgreich ist!





**Sprechen Sie uns an —  
wir sind gerne für Sie da!**

## **Kontakt/Impressum**

### **Ingrid Pahlmann MdB**

#### **Bundestagsbüro Berlin**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 11, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227-72341  
Fax: 030 227-76067  
E-Mail: [ingrid.pahlmann@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Gifhorn**

Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 740 69 28  
Fax: 05371 937 38 74  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de)  
Ansprechpartner: Frederick Meyer

#### **Wahlkreisbüro Peine**

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine  
Telefon: 05171 769 92 49  
Fax: 05171 150 34  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de)  
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



## **Copyright**

### **Fotos**

Kopfzeile S. 2-6: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

Kopfzeile S. 7: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:

© Anne Bermüller/pixelio.de

Kopfzeile S. 8: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Fotos: privat